

Kritische Anmerkungen zur „Modern Monetary Theory“ (MMT)

Anders als von staatssozialistischer Seite erwartet und prognostiziert hat die Zahl der staatsmonopolistischen Betriebe in den entwickelten kapitalistischen Ländern nicht zu- sondern abgenommen. Sie wurden privatisiert. Gleichzeitig hat die Staatsintervention in den „freien Markt“ sich im Kontext der regelmäßig wiederkehrenden Krisen ausgeweitet, speziell nach der großen Weltwirtschaftskrise von 2007-2009.

Zu dieser Art der Staatsintervention gehören vor allem finanzpolitische, sozialpolitische und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, und sie gehen einher mit wachsender Staatsverschuldung. Wie weit diese gehen darf und welche Gefahren darin lauern, darüber wird gestritten.

Für linken Sozialreformismus, der ganz auf Staatsintervention in die kapitalistische Produktionsweise setzt, um Missstände der kapitalistischen Produktionsweise zu überwinden, ist es wichtig, die „Finanzierbarkeit“ der wohltätigen Vorhaben nachzuweisen. Dabei bediente man sich bisher in erster Linie der Theorie von Keynes und neuerdings auch der „Modern Monetary Theory“ (MMT).¹

*„Zu den international führenden VertreterInnen der MMT gehört **Stephanie Kelton**, mit der die »Süddeutsche« ein Gespräch über den Ansatz und seine politischen Implikationen geführt hat. Die Volkswirtin lehrt an der Stony-Brook-Universität und **hat Bernie Sanders im Wahlkampf beraten**. »In Staaten mit eigener Währung kann die Regierung den Rentnern so viel zahlen, wie sie will, denn sie hat ja das Monopol, das Geld zu schöpfen. Sie kann auch so viele Straßen sanieren, so viele Kindergärten bauen und so viele Flugzeugträger bestellen, wie sie will. Inflation entsteht nur, wenn die Wirtschaft nicht innovativ und produktiv genug ist, um all die Wünsche zu erfüllen.« Das phantastische an dieser Theorie ist, dass Staatsverschuldung darin überhaupt kein Problem darstellt. Solange der Staat sich in eigener Währung verschuldet, kann er das angeblich grenzenlos tun.“ <https://oxiblog.de/alle-reden-ueber-mmt-worueber-ein-ueberblick-zur-modern-monetary-theory/>*

Ähnlich sieht es auch Dirk Ehnts, der hierzulande für die MMT streitet. In der „Berliner Debatte Initial 28 (2017)“, hat er die Grundzüge der MMT dargestellt hat. („Modern Monetary Theory“ und Europäische Makroökonomie) Er schreibt:

*„Die Erkenntnis, dass der Staat souverän ist, weil er sich **in seiner eigenen Währung unbegrenzt finanzieren kann**, ist vielleicht die wichtigste Erkenntnis der MMT.“*

Was also ist von der MMT zu halten?

I. Über den Wert des Geldes und die Nachfrage danach

So richtig „modern“ im Sinne von neu ist diese Theorie nicht. Zur theoretischen Einordnung der MMT schreibt Dirk Ehnts als einer der Hauptvertreter dieser Theorie in Deutschland:

„Die MMT wird auch als „post-chartalistisch“ bezeichnet, da sie auf dem Chartalismus von Georg Friedrich Knapp aufbaut. In „Staatliche Theorie des Geldes“ von 1905 argumentierte Knapp, dass der Wert des Geldes staatlichen Ursprungs sei. Herrschende Meinung war, dass es einen „intrinsischen“ Wert des Geldes gäbe. Die Kaufkraft komme daher, dass in der Münze Metall enthalten sei, auf welchem der Wert der Münze beruhe. Scheine hätten deswegen einen Wert, weil

¹ Alle von mir im Folgenden verwendeten Zitate, sofern nicht anders gekennzeichnet, stammen aus diesem Artikel.

man sie in Münzen umtauschen könne. Knapp hingegen betonte, dass der souveräne Staat per Charta (daher: Chartalismus) bestimmt, in welcher Einheit die Steuern eingezogen werden. Geld besitzt also einen Wert, weil der Staat uns zu Steuer- und Abgabenzahlungen in seiner Währung zwingt. Um an die Währung des Staates zu kommen, bieten wir ihm und anderen Arbeitskraft, Güter, Dienstleistungen und Schuldtitel gegen Bezahlung in der staatlichen Währung an.“

Dieser „intrinsische“ Wert des Geldes, der auf dem Wert des Geldmaterials (Edelmetalle) beruhte, war nicht nur „herrschende Meinung“, sondern historische Tatsache. Das galt für die ganze Geschichte metallischer Zirkulation, als es in Europa noch gar kein Papiergeld gab. Der „intrinsische“ Wert des Geldes drückte sich aus im Gewicht bzw. Gewichtsanteil reinen Edelmetalls (Gold oder Silber) der Münze. Dass Wertzeichen in der Warenzirkulation an die Stelle edelmetallischen Geldes mit „intrinsischem“ Wert traten und dieses letztlich verdrängten, war ein langer Prozess, der über den „Goldstandard“ (verlangte Konvertibilität der Banknoten gegen Gold) – der auch noch 1905 zu Lebzeiten von Knapp galt – schließlich zu dessen Ablösung zu Beginn der 1970er Jahre führte. Faktisch hat sich das Geld – in Form von Wertzeichen – inzwischen von der Geldware Gold gelöst. Um aber als Geld im Sinne eines „allgemeinen Äquivalents“ in allgemeiner Warenproduktion funktionieren zu können, muss es funktionieren ähnlich wie Gold.

Im Unterschied zum Gold können die Wertzeichen beliebig vermehrt werden. Werden sie beliebig vermehrt, ist ihre Funktion als Wertmaß der Waren und Maßstab der Preise gestört. Geldentwertung ist die Folge, die bei „galoppierender Inflation“ unweigerlich zur „Währungsreform“ führt. Die zirkulierende Geldmenge muss immer in einem bestimmten, „ausgewogenen“ Verhältnis zur Menge der produzierten Waren und der Summe ihrer Preise stehen, wenn das Geld als Maß der Werte und Maßstab der Preise funktionieren soll. Da die mögliche Menge zirkulierenden Goldgeldes ähnlich von der Arbeitsproduktivität abhängt wie die Menge der produzierten Waren, stellte sich dieses „ausgewogene“ Verhältnis bei metallischer Zirkulation oder unter Bedingungen des „Goldstandards“ mehr oder weniger spontan ein. Unter heutigen Bedingungen müssten die Notenbanken durch ihre Geldpolitik dafür sorgen ... was sie augenscheinlich nicht mehr für nötig halten.²

Grundsätzlich wirkt die Arbeitsproduktivität indirekt auch in Bezug auf den Wert der im Umlauf befindlichen Wertzeichen („freie Wechselkurse“ der Währungen). Auf dem Weltmarkt für Devisen interessiert es überhaupt nicht, ob mit dem jeweiligen „gesetzlichen Zahlungsmittel“ innerhalb einer Nationalökonomie Steuern bezahlt werden können. Jede in einer Nationalökonomie gültige Währung muss sich im Devisenhandel messen lassen an der „Wirtschaftskraft“ dieser Nationalökonomie auf dem Weltmarkt, im Vergleich zu anderen Nationalökonomien. Leistungs- und speziell Handelsbilanz geben Auskunft über die Konkurrenzfähigkeit der industriellen Produktion. Dabei sind die Preise der Waren, die wiederum wesentlich abhängen von der Arbeitsproduktivität, mit der sie erzeugt werden, entscheidend. Handelsüberschuss ist das Produkt relativ niedriger Preise. Negative oder positive Handelsbilanz drücken sich aus in starker oder geringer Nachfrage nach der jeweiligen Währung und beeinflussen damit entscheidend das Verhältnis, in dem die unterschiedlichen Währungen getauscht werden und damit die Kaufkraft der Währungen auf dem Weltmarkt.

Rund 60% des Welthandels werden in Dollar abgewickelt, große Teile des Rohstoffhandels werden fast vollständig in Dollar abgewickelt, und entsprechend groß ist die Nachfrage nach Dollars. (gefolgt vom Euro, und in gebührendem Abstand dem Yen, dem Pfund und mittlerweile dem

2 Seit der letzten großen Weltwirtschaftskrise entwickeln sich zirkulierende Geldmenge und nominales BIP in den entwickelten kapitalistischen Ländern so stark auseinander, wie es das bisher nur im Kontext der beiden Weltkriege gab. Dass das auf Dauer nicht gut gehen kann, ist klar. Wie lange es noch gut geht, lässt sich nicht exakt prognostizieren.

chinesischen Renminbi.) Solange das so ist, brauchen sich die USA keine Sorge um eine rapide Entwertung des Dollar zu machen.

Grundlage für diese dominierende Rolle des Dollar war ursprünglich die Stärke und Überlegenheit der us-amerikanischen Industrie und die dadurch erzeugte positive Handelsbilanz. (Warum der Dollar trotz dieses Umstandes noch immer die dominierende Währung auf dem Weltmarkt ist, kann hier nicht ausführlich diskutiert werden.) Was die Position des Dollar bedroht, ist die mittlerweile anhaltende negative Handelsbilanz der USA. Umgekehrt führen die Handelsüberschüsse speziell von China, Japan oder Deutschland zu einer entsprechend starken Nachfrage nach deren Währung. Entsprechend sind diese Währungen auch als Währungsreserven neben das Gold und den Dollar bei den Notenbanken der Welt getreten.

Staaten, deren Währung eine solche Bedeutung im Welthandel und als Reserve bei Notenbanken haben, können sich scheinbar weitgehend unbegrenzt in der eigenen Währung verschulden. Die aktuelle Praxis widerspricht dem jedenfalls nicht. Das gilt aber nur für solche Staaten. Für die meisten Staaten gilt das nicht! Sie müssen sich in Fremdwährung verschulden! Für Staaten mit negativer Handelsbilanz – Ausnahme USA – führt die grenzenlose Verschuldung in eigener Währung direkt in die galoppierende Inflation, weil der rapide steigenden Geldmenge keine **international** steigende Nachfrage gegenübersteht. Also geht der Wechselkurs in den Keller. Die Notenbanken müssen entsprechend höhere Preise zahlen für ihre Devisenreserven und „Produzenten und Konsumenten“ müssen höhere Preise zahlen für importierte Waren. Aus diesem Dilemma führt keine Staatsverschuldung in eigener Währung heraus und mit steigender Inflation und einbrechendem Wirtschaftswachstum droht der Staatsbankrott.³

Nur wer in **national**ökonomischer Borniertheit diese Zusammenhänge von allgemeiner Warenproduktion, Konkurrenzfähigkeit der kapitalistischen Industrie (Grundlage: hohe Arbeitsproduktivität) auf dem Weltmarkt und der Nachfrage nach Geld in Gestalt nationalökonomischer Währungen ausblendet, kann sich zu der These versteigen, die Nachfrage nach Geld entstände aus dem Zwang in jedem Staat, Steuern und Abgaben an eben diesen Staat zu zahlen. Geld muss sich bewähren im Zirkulationsprozess des Kapitals, der sich heute mehr denn je als ein Zirkulationsprozess auf dem Weltmarkt darstellt. Die MMT mag alles mögliche sein, aber nicht, wie behauptet, „eine empirisch nachweisbare Beschreibung der Realität“.

Dass der Wert des Geldes „staatlichen Ursprungs“ sei, ist Humbug; aus historischer und logischer Sicht. Aus logischer Sicht ist es Humbug, weil die Kaufkraft/Funktionen des Geldes sich auf Waren allgemein beziehen und nicht darauf, sich von Steuerschuld befreien zu könne. Die Notenbanken der Staaten bringen Geld in Umlauf, damit der Warenaustausch funktioniert, damit Kapitalreproduktion dem Werte nach und stofflich funktioniert. Der Staat selbst braucht in Gestalt all seiner Institutionen Geld, um sich Gebrauchswerte, die als Waren angeboten werden, kaufen zu können. Da er selbst kein Warenproduzent ist, kein eigenes Einkommen aus Warenproduktion erzielt, muss er Steuern erheben.

Ohne ein Geld, das in erster Linie als „allgemeines Äquivalent“ gegenüber den Waren funktioniert, könnten die Institutionen des Staates physisch-materiell überhaupt nicht existieren. Um selbst in den Besitz dieses Geldes zu gelangen, erhebt der Staat daher Steuern. Steuern sind ein Existenzbedingung moderner Staaten, aber sie sind nicht der Ursprung des Geldes.

So wie Ehnts den Umstand der allgemeinen Warenproduktion ausblendet, so blendet er auch die Geschichte des Geldes aus. Der moderne Staat musste nicht nur sein Gewaltmonopol gewaltsam erstreiten und durchsetzen, er musste auch gewaltsam sein Monopol durchsetzen, Geld in Umlauf

3 Man könnte jetzt natürlich auch folgende Schlussfolgerung ziehen mit Bezug auf die eingangs zitierte These: „Aha! Und weil viele Staaten sich nicht grenzenlos in der eigenen Währung verschulden können, deshalb sind sie auch nicht souverän.“ Das würde dann aber zu einer ganz anderen Diskussion führen.

bringen zu können.⁴ Dieses Monopol muss selbst heute noch durch Einsatz staatlicher Gewalt verteidigt werden gegen alle diejenigen, die „Falschgeld“ in Umlauf bringen.⁵

II. Geld um Steuern zahlen zu können... die der Staat aber eigentlich nicht braucht?

Ehnts schreibt:

„... in einem modernen Geldsystem gibt der Staat erst Geld aus und nimmt dann dieses Geld als Tilgung von Steuerverbindlichkeiten wieder zurück. Die Akzeptanz des Geldes entsteht also dadurch, dass damit Steuerschulden getilgt werden können.“

Hätte er – vor Beginn seiner „theoretischen Anstrengung“ – mal Leute auf der Straße gefragt, warum sie das Geld akzeptieren, dann hätte er erfahren können, dass die **allgemeine** Akzeptanz des Geldes daraus resultiert, dass man damit eben alles kaufen kann, was man so zum Leben braucht. Und daraus resultiert auch die Nachfrage nach Geld; gleichgültig, um welches gesetzliche Zahlungsmittel in welcher Nationalökonomie es sich dabei handelt. Weder kapitalistische Unternehmen noch Lohnarbeiter*innen fragen Geld nach, um Steuern und Abgaben zu bezahlen. Letzteres nehmen sie gezwungenermaßen in Kauf, ist aber nicht der Grund der Nachfrage. Wenn man „übersieht“, dass im Kapitalismus Waren und nicht „Güter“ produziert werden, kann man nur eine falsche Geldtheorie produzieren.

Der Staat zwingt uns zwar Steuern auf, für die er uns das Geld zur Verfügung stellt, und bestreitet damit auch Ausgaben, aber „eigentlich“ - folgt man der MMT - braucht er die Steuern gar nicht. Jedenfalls nicht, um Geld für seine Ausgaben zu haben. Für die Deckung seiner Ausgaben reicht es allemal Kredite aufzunehmen.

*„**Steuern dienen ... nicht der unmittelbaren Finanzierung von Staatsausgaben der jeweiligen Bundesregierung, was nicht bedeutet, dass sie nicht dazu verwendet werden können. Die Bundesregierung muss ihre Steuereinnahmen durchaus zur Finanzierung von Staatsausgaben verwenden (s.o.). Allerdings kann sie auch auf eine andere Art an Geld kommen: Sie kann Staatsanleihen emittieren.**“*

Wenn das so ist, wozu dienen die Steuereinnahmen dann? Ehnts dazu:

*„**Geld, welches an den Staat fließt, kann nicht mehr für Ausgaben von Konsum- und Kapitalgütern verwendet werden. Dies senkt die Nachfrage und führt dazu, dass die Inflationsraten niedriger ausfallen. Je nachdem, wem das Geld wegbesteuert wird, können auch die Vermögenspreise – u. a. die Immobilienpreise – dadurch niedriger ausfallen.**“*

Der einzige Sinn und Zweck der Steuern besteht soll also darin, die kaufkräftige Nachfrage von Kapitalist*innen und Lohnarbeiter*innen zu senken, um die Inflationsrate niedrig zu halten. Und auch hier schlägt die **nationalökonomische** Borniertheit voll durch.

4 Dazu hat Ingo Stütze einen sehr interessanten Beitrag in der PROKLA 199 unter dem Titel »Blut- und schmutztriefend« geschrieben.

5 Spannend ist aktuell die Entwicklung von „Kryptowährungen“, digitalem Geld. Es handelt dabei sozusagen um eine Lehrbeispiel über den Zusammenhang von Warenproduktion und Geld. Schließlich wird dieses Geld nicht vom Staat in Verkehr gebracht, sondern von „Privaten“. Das Schicksal dieses Geldes wird letztlich entschieden durch die WarenbesitzerInnen. Wird es nach und nach als allgemeines Zahlungsmittel akzeptiert und funktioniert im Warenaustausch, dann wird der Staat reagieren und auch dieses Geld unter sein Monopol stellen. Dass diese neue Geldform scheitert, ist allerdings auch nicht ausgeschlossen.

Für das Kapital sind sowohl hohe Inflation wie hohe Steuern zu beseitigende oder zu umgehende Übel, die der Verwertung von Wert Grenzen setzen. Daher folgt auf hohe Inflation oder hohe Steuern „Kapitalflucht“ aus der Nationalökonomie, die von diesen „Krankheiten“ befallen sind. Schließlich gibt es einen Weltmarkt für Kapital.⁶

Wenn man also Inflation durch Erhöhung von Steuern bekämpfen will, dann ersetzt man eine Ursache von „Kapitalflucht“ durch eine andere ... „rein funktional argumentiert“, versteht sich. So etwas nennt man aus kapitalistischer Sicht dann auch schon mal: „Den Teufel mit dem Belzebub austreiben“!

„Rein funktional argumentiert“ ist „Kapitalflucht“ einer kapitalistischen Nationalökonomie nicht zuträglich und hat verschiedene Auswirkungen ... nicht zuletzt auf die „Beschäftigung“.

Die „Vollbeschäftigung“ in Lohnarbeit liegt Dirk Ehnts aber besonders am Herzen:

*„Mithilfe der MMT sind Geld- und Finanzsystem einfach(er) zu verstehen und auch der Übergang zur Makroökonomie ist flüssiger als bei anderen Theorien. Wesentliche Erkenntnis: der moderne Staat, bestehend aus Regierung und Zentralbank, kann unbegrenzt Ausgaben tätigen, sollte diese Fähigkeit aber **hauptsächlich zur Erreichung von Vollbeschäftigung einsetzen.**“*

Bis hierher stellte sich der „flüssige Übergang zur Macroökonomie“ ungefähr so dar:

Erst injiziert der Staat Geld, damit die aufgezwungen Steuern und Abgaben, die der Staat eigentlich für seine Ausgaben nicht braucht, bezahlt werden können. Diese Injektion ginge aber ins Leere, wenn die Steuerzahl*innen nicht aktiv würden, um an das Geld zu kommen und ihre Steuern zahlen zu können. Daher bieten sie alles mögliche zum Kauf an, Arbeitskraft, „Güter“ und Dienstleistungen. Ob da irgendwo auch materielle Produktion und Reproduktion einer vom Kapital beherrschten Gesellschaft im Spiel ist und was es damit auf sich hat, erfährt man nicht.

Der Staat hat aber auf jeden Fall durch seine Geld-Injektion den Laden in Schwung gebracht. Der „Wirtschaftskreislauf“ ist eröffnet und das injizierte Geld fließt auch in Gestalt von Steuern und Abgaben an ihn zurück. Das Geld aus Steuern braucht er aber gar nicht für seine Ausgaben. Die Steuern dienen allein der Beschränkung der Nachfrage und der Vermeidung von Inflation.

(Nach irgendeiner empirischen Überprüfung, wie mit Hilfe der Erhöhung von Steuern ein Inflation erfolgreich bekämpft wurde, sucht man vergebens.) Wenn das erfolgreich läuft, tätigt der Staat unbegrenzt Ausgaben, damit die Vollbeschäftigung erreicht wird. Wie es scheint, funktioniert das ganz unabhängig davon, wie sich die Nachfrage des Kapitals nach Lohnarbeit entwickelt. Und weil dies so unwichtig ist, muss man auch der Frage gar nicht weiter nachgehen, wodurch denn diese Nachfrage des Kapital nach Lohnarbeit bestimmt ist. Der gesamt „Wirtschaftskreislauf“ im Kapitalismus wird erfolgreich fast im Alleingang vom Staat angestoßen, beherrscht und zu Ende gebracht. Bravo!

III. Kredit, Einlagen und Einkommen

Dirk Ehnts schreibt:

„Wie MMT zeigt, sind für Kredite keine Einlagen erforderlich; umgekehrt schaffen Kredite aber neue Einlagen.“

⁶ Bei Wikipedia kann man folgenden klugen Satz lesen:

„Das Ziel der Kapitalflucht ist im Falle einer Inflation die Werterhaltung oder **ansonsten die Umgehung inländischer Steuern.**“

<https://de.wikipedia.org/wiki/Kapitalflucht>

Der Staat braucht also für seine Ausgaben keine Steuereinnahmen und die Banken brauchen auch keine Einlagen für die Kreditvergabe. Wenn Einlagen für die Vergabe von Krediten nicht erforderlich sind, wovon hängt die Kreditvergabe dann ab? Dazu heißt es weiter:

*„MMT vertritt die These, dass die Entscheidung der Banken, Kredit zu gewähren, wesentlich von der Rückzahlungsfähigkeit des Kreditnehmers abhängt. **Stimmen Einkommen und Bonität und liegen ausreichend Sicherheiten vor, schreibt die Bank dem Kredit-(Giro) konto des Kreditnehmers den Kreditbetrag gut.** Die Bank verleiht danach also nicht bereits vorhandene Einlagen, sondern sie „schöpft“ neues Geld.“⁷*

Die Einkommen müssen stimmen, dass sei Voraussetzung für die Kreditvergabe. Diese Einkommen landen aber ausnahmslos als Einlagen bei den Banken; sie werden automatisch solche Einlagen. Und sofern das der Fall ist, sind Einlagen für die Kreditvergabe erforderlich. Das gilt unabhängig davon, in welchem Umfang die Kreditvergabe insgesamt von der Summe der Einlagen gedeckt ist. Ohne dass die Einkommen (Profite und Löhne) aus allgemeiner Warenproduktion als Einlagen bei den Geschäftsbanken landeten, existierten keine Geschäftsbanken und könnten somit auch keine Kredite vergeben.

Für die Kreditvergabe sind Einlagen, die aus regelmäßigen Geldeinkommen gebildet werden, also zwingend erforderlich. Was geschieht, wenn Kredite ohne solche Einlagen und Sicherheiten vergeben werden, das demonstrierte der Ausbruch der letzten großen Weltwirtschaftskrise in den USA auf eindruckliche Weise. Auf Grund der Unfähigkeit zur Rückzahlung (speziell „Ninja-Kredite“) mussten große Teile der Kredite abgeschrieben werden und büßten deren Verbriefungen ihren Tauschwert ein. Das war der Beginn der „Finanzkrise“ und der allgemeinen Wirtschaftskrise. Grundsätzlich gibt es natürlich die Möglichkeit der Umschuldung, indem Kreditschulden durch Aufnahme neuer Kredite bezahlt werden, aber das ist nur eine Option auf Zeit und keine Praxis, die die Einkommen aus allgemeiner Warenproduktion ersetzen könnte.

Der bornierte Blick auf Buchungsvorgänge, auf die „geldschöpferische“ Praxis von Regierungen und Notenbanken, übersieht die Geldeinkommen aus dem Verkauf von Waren und verkennt deren Bedeutung vollständig. Jedem Buchungsvorgang liegt das Kaufen/Verkaufen/Mieten zugrunde. Der Kredit steht und fällt mit den Geldeinnahmen aus allgemeiner Warenproduktion. Brechen die weg, bricht das Kreditsystem zusammen und all das schöne dadurch in Umlauf gebrachte Geld wird „wertlos“. Der Kredit erweitert die Möglichkeiten der Kapitalreproduktion durch Vorgriff auf künftige Geldeinkommen, aber ersetzt diese Geldeinkommen nicht und kann sie nicht ersetzen.⁸

7 Und so ist es letztlich auch mit den Krediten, die die Notenbank an die Geschäftsbanken gibt. Auch hier werden Sicherheiten in Form von „Einlagen“ verlangt. Dirk Ehnts selbst schreibt dazu:
„Die Banken leihen sich also gegen Sicherheiten bei der EZB Zentralbankgeld, welches auch als Reserven bezeichnet wird.“

Zu diesen Sicherheiten zählen, Anleihen, vor allem Staatsanleihen, Aktien und andere Wertpapiere. Ohne diese Sicherheiten gibt es auch kein Geld der Notenbank an die Geschäftsbanken.

In der letzten Weltwirtschaftskrise haben wir außerdem erlebt, wie der Interbankenhandel zusammenbrach, weil die hinterlegten Sicherheiten nicht mehr akzeptiert wurden.

Notwendig sind diese Sicherheiten nicht, um in ihrem Umfang Geld zu verleihen, sondern um bei möglichem Verlust einen Ausgleich zu haben. Dass Staatsanleihen deshalb als besonders sicher gelten, weil Staaten sich unbegrenzt verschulden können, halte ich allerdings für ein Gerücht. Sie gelten deshalb als besonders sicher, weil sie **durch regelmäßige Steuereinnahmen des Staates** gedeckt sind. Auch hier spielt das „Einkommen“ die entscheidende Rolle, das beim Staat aber nicht aus erfolgreichem Warenverkauf resultiert.

8 *„In einem Produktionssystem, wo der ganze Zusammenhang des Reproduktionsprozesses auf dem Kredit beruht, wenn da der Kredit plötzlich aufhört und nur noch bare Zahlung gilt, muß augenscheinlich eine Krise eintreten, ein gewaltsamer Andrang nach Zahlungsmitteln. Auf den ersten Blick stellt sich daher die ganze Krise nur als Kreditkrise und Geldkrise dar. Und in der Tat handelt es sich nur um die Konvertibilität der Wechsel in Geld. Aber diese Wechsel repräsentieren der Mehrzahl nach wirkliche Käufe und Verkäufe, deren das gesellschaftliche Bedürfnis weit überschreitende Ausdehnung schließlich der ganzen Krisis zugrunde liegt. Daneben aber stellt auch eine ungeheure Masse dieser Wechsel bloße Schwindelgeschäfte vor, die jetzt ans Tageslicht kommen und platzen;*

Der Kauf und Verkauf von Waren bedeutet, dass das im Preis der Waren bloß vorgestellte Geld sich in tatsächliches Geld verwandelt, ob als Bargeld oder als bloße Buchung.

Auch wenn man Staatsverschuldung nicht einfach mit privater Verschuldung gleichsetzen kann, so bleiben die Steuereinnahmen des Staates, sein Einkommen, Grundlage für seine Kreditfähigkeit. Brechen diese Steuereinnahmen weg, so drückt sich darin Krise der allgemeinen Warenproduktion aus. Das Schicksal auch des Staates hängt somit davon ab, dass die allgemeine Warenproduktion wieder in Gang kommt und wächst. Geschieht das nicht, geht auch der Staat unwiderruflich bankrott.

Diese grundsätzliche Abhängigkeit schließt Wechselwirkung nicht aus. D.h., der Staat kann seine wachsende Verschuldung nutzen, um „Wachstumsimpulse“ etwa durch zusätzliche „Liquidität“ zu setzen.⁹ Diese zusätzliche Liquidität durch Staatsverschuldung setzt aber nicht die Bedingungen für erfolgreiche Verwertung von Kapital. Es handelt sich dabei nur um einen Faktor unter anderen und es ist nicht der entscheidende. Die Gesamtheit der Verwertungsbedingungen von Kapital bestimmt, was mit der zusätzlichen „Liquidität“ passiert. Dass billiges zusätzliches Geld sich nicht automatisch in mehr produktive Investition umsetzt, also in dem Umfang auch die allgemeine Warenproduktion beflügelt, wie das beabsichtigt war, davon zeugen speziell die letzten 10 Jahre.¹⁰

*ferner mit fremdem Kapital getriebne, aber verunglückte Spekulationen; endlich Warenkapitale, die entwertet oder gar unverkäuflich sind, oder Rückflüsse, die nie mehr einkommen können. **Das ganze künstliche System gewaltsamer Ausdehnung des Reproduktionsprozesses kann natürlich nicht dadurch kuriert werden, daß nun etwa eine Bank, z.B. die Bank von England, in ihrem Papier allen Schwindlern das fehlende Kapital gibt und die sämtlichen entwerteten Waren zu ihren alten Nominalwerten kauft.**“ MEW Bd. 25, S. 507*

9 Im Unterschied zum Geld, dass aus Warenverkauf seinen Besitzer wechselt, ist Kreditgeld geliehenes Geld. Das muss verzinst zurück erstattet werden. (Das zusätzliche Geld, das durch Kredit in Umlauf kommt, kommt also nicht einfach als Zirkulationsmittel in Umlauf, sondern als Kapital mit Anspruch auf Verwertung.)

Wenn man vom Geldeinkommen aus Warenverkauf abstrahiert und nur noch der Kredit bleibt, dann kann man Kredit auch nur noch mit neuem Kredit zurück zahlen. Das wäre wieder ein feiner Geldkreislauf, der nichts zu wünschen übrig lässt.

10 Wal Buchenberg hat auf seinem Blog über den Zusammenhang von Staatsverschuldung und Inflation folgende treffende Zeilen formuliert:

„Die Auswirkungen der Notenbank-Finanzflut werden von den „Fachleuten“ gleichzeitig unterschätzt wie überschätzt. Unterschätzt werden die Notenbankmilliarden dort, wo es um inflationäre Folgen geht. Tatsächlich bewirkt das überschüssige Geld überall dort Preissteigerungen, wo dieses Geld hinfließt: auf den Aktienmärkten, den Immobilienmärkten und in den Unternehmensbilanzen, beim Goldpreis. Niemand nennt das so, aber das ist Inflation. Gleichzeitig verliert das Geld selbst an „Wert“, man bekommt keinen Zins mehr dafür. Auch das ist Inflation.

Andererseits werden die Notenbankmilliarden gerne überschätzt: Die Notenbankmilliarden erreichen nicht den Warenmarkt, die „Realwirtschaft“. Dort ist keine Inflation, dort ist eher Deflation. Das Lohnniveau stagniert seit Jahren, die Profitraten stagnieren seit Jahren. Bis zu 30 Prozent der (meist kleinen) Unternehmen in Japan und in Europa sind „klinisch tot“ und werden durch das Notenbankgeld künstlich beatmet. Das ist die ganze „Rationalität“ des Notenbankgeldes.

Die "Notbeatmung" erreicht nicht wirklich die Warenwirtschaft. Zwar haben faktisch insolvente Betriebe (oder Banken) weiteren Zugang zu neuen Krediten, als auch eine niedrigere Zinslast für ihre – unter normalen Umständen – untragbare Schuldenlast. Das bedeutet allerdings, dass diese Unternehmen weiter Lohnarbeit ausbeuten können, wenn auch unter den miesesten Bedingungen. Auf die Warenpreise, die diese Firmen vermarkten wie auf den Lohn, den diese Firmen noch zahlen, drückt aber eine deflatorische Last. Sie können weder ihre Warenpreise erhöhen noch die Löhne.

Das erklärt zur Genüge, warum die Notenbankmilliarden keine Inflation auf dem Konsumgütermarkt bewirken (die offizielle Inflationsdefinition). Auf dem Warenmarkt sind die deflatorischen Kräfte (Überkapazitäten = Überproduktion von Kapital) deutlich stärker als die inflatorischen Kräfte (Warenknappheit).

All das wird allein ausgehalten durch die Solidarität der Kapitalistenklasse mit ihren notleidenden Schwestern und Brüder. (Keine Ironie!)

Je mehr die Folgen der Corona-Krise auch die bisher funktionierenden Unternehmen (Autoindustrie) in den Keller ziehen, desto lauter werden die Rufe werden, den "Markt zu bereinigen", also unprofitable Unternehmen in die Pleite zu schicken, damit die anderen wieder höhere Profite machen können.“

<https://marx-forum.de/Forum/index.php?thread/1011-was-kommt-nach-dem-shutdown/&postID=5468#post5468>

III. Abschließend und weitgehend kommentarlos: Weisheiten über den Profit

Dirk Ehnts schreibt.

*„MMT legt den Schwerpunkt nicht auf die (historische) Erklärung von „Geld“ an sich, sondern betrachtet die **Funktionen und Mechanismen der Schöpfung und Zerstörung von Einlagen bei Banken (Giralgeld) und Zentralbank (Reserven) in einem modernen Geldsystem mit staatlichem Geld.**“*

Genau das ist das Problem! Es ist eine Buchhaltertheorie über die Schöpfung und Zerstörung von Einlagen bei Banken und Zentralbanken. Realisierter Profit ist hier allenfalls „neu geschöpfte Einlage“ bei den Banken und resultiert letztlich aus der „Geldinjektion“ des Staates oder aus „neu geschöpften Einlagen“, die Produkt „staatlicher Ausgaben“ sind. Entsprechend schreibt Ehnts:

*„Jeder Euro an deutscher Staatsverschuldung erzeugt also genau einen Euro an privaten Nettofinanzvermögen. Wäre der Staat nicht so stark verschuldet, wären „wir“ nicht so vermögend. **Natürlich profitieren nicht alle Haushalte gleichermaßen an der (steigenden) Verschuldung des Staates, weil sich durch staatliche Ausgaben neu geschöpfte Einlagen im Wirtschaftskreislauf tendenziell da ansammeln, wo die Einnahmen über den Ausgaben liegen. Dies ist bei Unternehmen der Fall, wo man von Profiten spricht, und bei Haushalten, wo man von Nettoersparnis oder Vermögensaufbau spricht.** Dass die Verteilung der Einkommen und damit auch der Ersparnis und der Profite so ist wie sie ist, hat jedoch nicht direkt etwas mit der Geldschöpfung zu tun. Große Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen gab es auch schon, bevor es modernes staatliches Geld und Zentralbanken gab. Wichtig waren damals wie heute die Löhne und die Steuern: wer verdient was und wer zahlt wieviel an wen?“*

Tendenziell sammelt sich also Geld da an, „wo die Einnahmen über den Ausgaben liegen“. Das hätte ich nicht für möglich gehalten! Wo findet man sonst so tief schürfende Erkenntnis über die ungleiche Verteilung der Einkommen und zur Erklärung von Profiten?

Robert Schlosser
Mai 2021